

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Linus Förster, Inge Aures, Sabine Dittmar, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Ludwig Wörner, Christa Steiger, Diana Stachowitz, Angelika Weikert, Johanna Werner-Muggendorfer SPD**

Wirksame Maßnahmen gegen riskanten Alkoholkonsum von Jugendlichen (IV)

Verzicht auf die gesetzliche Meldepflicht an Jugendämter

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Einführung einer gesetzlichen Meldepflicht alkoholisierter Minderjähriger durch Ärzte an Jugendämter zu verzichten.

Begründung:

Der Drogen- und Suchtbericht 2009 belegt schockierende Zahlen. Die Zahl junger Menschen, welche aufgrund von Alkoholkonsum ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten, ist enorm gestiegen. Im Jahr 2006 wurden 19.423 Kinder und Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren wegen einer Alkoholvergiftung stationär in einer deutschen Klinik behandelt, 2007 waren es schon 23.165 junge Menschen. Die Zahlen sind beunruhigend und erschreckend, entsprechende Maßnahmen zwingend erforderlich.

Eine Meldepflicht durch Ärzte an Jugendämter ist der falsche Weg, da das Vertrauen der Jugendlichen in Hilfsangebote nicht gefährdet werden darf. Kinder und Jugendliche dürfen nicht aus Angst vor möglichen Folgen durch das Jugendamt davon abgehalten werden, ihren Freunden durch Alarmierung des Notarztes zu helfen, dazu bewegt werden, sie selbst auszunüchtern oder im schlimmsten Fall gar nichts zu tun. Es liegt schon jetzt in der Verantwortung der Ärzte, bei Kindern und Jugendlichen, die durch Alkoholmissbrauch auffallen, sowie deren Eltern mittels Aufklärung, Beratung und gängigen Angeboten zu intervenieren und zu unterstützen und bei besonderem Risiko auch das Jugendamt einzuschalten.